

# „Dan lang Engelsberg than chao“

SPIEGEL-Report über Vietnam-Flüchtlinge in der Bundesrepublik

Chi Thang Huong ist Elektriker aus Saigon. Mit Ehefrau My Linh Dam und drei kleinen Kindern, von denen das jüngste erst unterwegs zur Welt kam, bestieg er im Herbst vergangenen Jahres ein siebzehn Meter langes, vier Meter breites Boot. 136 weitere Flüchtlinge waren auch noch an Bord.

Einen Monat lang dauerte es, bis dieses „boat people“ in Hongkong an Land gehen konnte und in ein Lager gesteckt wurde, das längst schon überfüllt war. Jetzt haben die Huongs eine neue Adresse: Karlsstraße 31, Dietzenbach, Landkreis Offenbach.

Thuong Lam züchtete Schweine in Südvietnam. Acht Tage lang war er mit Ehefrau Hue, seinen drei Kindern zwischen zwei und fünf und 300 anderen Landsleuten auf einem Fischerboot, das halb schon voll Wasser geschlagen war, auf dem Meer unterwegs, als der deutsche Frachter „Tom Jacob“ sie in Schlepptau nach Bangkok nahm. Von dort ging es in die neue Heimat: Potsdamer Straße, Osnabrück.

Wie die Huongs und die Lams brachen Hunderttausende Vietnamesen mit ungewissem Ziel aus ihrer Heimat auf, die ihnen als Heimat nicht länger erscheinen mochte. Sie irrten durch Dschungel, durchwateten Flüsse, pferchten sich auf Boote, gaben ihr Geld für einen Platz auf der „Hai Hong“, vollgepackt mit 2500 Flüchtlingen, oder auf der „Huey Fong“. 2000 Dollar waren fürs Entkommen da pro Kopf zu zahlen.

Viele, unbekannt wieviel, fanden beim Exodus den Tod; viele sind in der Wasserwüste des Südchinesischen Meers noch immer auf Irrfahrt: massenweise, überall an südostasiatischen Küsten, kauern sie in Lagern.

Nur der geringste Teil ist zu neuen Ufern gelangt, in Kanada, Kalifornien — oder auch am Kirchweg im Münchner Stadtteil Thalkirchen, wo sechs Familien, elf Erwachsene mit vierzehn Kindern, in einem ehemaligen Heim für gefährdete Mädchen landeten: Rund 6000 Vietnam-Flüchtlinge, und mehr noch werden kommen, haben Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland gefunden, einem Land, von dem kaum einer je gehört hat.

Sie wurden aufgelesen im malaysischen Kuala Lumpur, wohin der niedersächsische Bundesratsminister Wilfried Hasselmann geflogen war, um aus „Hai Hong“-Passagieren komplette und transportfähige Familien auszusuchen. Sie kamen via Thailand aus dem Lager Songkla, wohin das Fischerboot „bt 0702“ 340 Asylsuchende verbracht hatte.

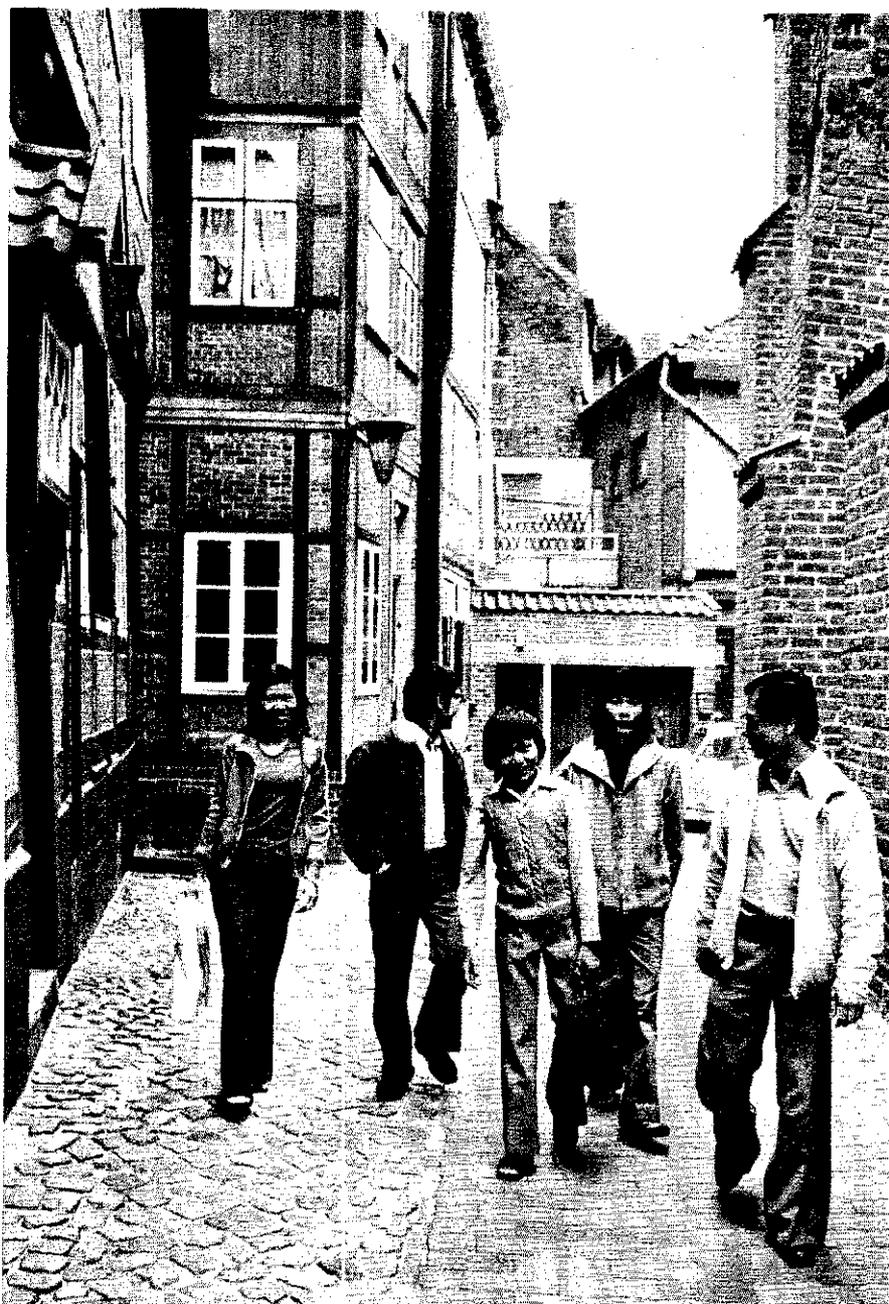
Durch die Vietnamesen-Lager in Hongkong streifte der Frankfurter Magistratsdirektor Alexander Gauland und rekrutierte im Auftrag seines Oberbürgermeisters Walter Wallmann 250 Heimatlose, darunter Tu Bich Hoa, ein neunzehnjähriges Mädchen: „Es war uns gleich, wohin.“

In Langenargen am Bodensee hörte der schon länger dort ansässige Pater Josef Tran Cong Lien aus Saigon, daß 37 seiner Angehörigen, darunter die Eltern, vom Schweizer Frachter „Los Andes“ aus einem Boot geborgen und im japanischen Hafen Kagoschima abgesetzt worden seien. Der Friedrichshafener Dekan Robert Steeb telegraphierte an die Deutsche Botschaft in Tokio:

„Katholische Pfarrgemeinde St. Nikolaus übernimmt Reisekosten“, und elf der 37 sind unterdes in Obhut in Langenargen.

Staatliche wie private Anteilnahme am Elend auf der anderen Seite des Globus entstand zwischen Nord- und Bodensee freilich nur zögernd. „Laßt doch das Pack dort, wo es hingehört. Die bringen uns doch nur die Syphilis“, hieß es in Briefen an das baden-württembergische Innenministerium. Dort fand anfangs auch Minister Guntram Palm, einer „unorganischen Verpflanzung“ sei „eine dauerhafte Aufnahme der vietnamesischen Flüchtlinge in ihrem südostasiatischen Kulturkreis“ vorzuziehen.

Vietnam-Flüchtlinge (in Stade): „Es war uns gleich, wohin“



In Düsseldorf forderte der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch, als im vorigen Herbst die ersten Hiobsberichte aus Südost kamen: „Das Geld muß zu den Flüchtlingen, nicht die Flüchtlinge zum Geld.“

Während im oberbayerischen Engelsberg, Kreis Traunstein, wo 74 Vietnamesen vor dem Notburga-Heim mit Blumen und einem Transparent „Dan lang Engelsberg than chao“ („Engelsberg grüßt seine neuen Mitbürger“) begrüßt wurden, sprach Helmut Fröhlich, Innensenator in Bremen: „Wenn wir human sein wollten, müßten wir ein Drittel der Menschheit bei uns aufnehmen.“

Andererseits erschienen Heinz Galinski, dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Berlin, „Bilder wie vor vierzig Jahren, als sich jüdische Menschen auf Schiffen auf dem offenen Meer befanden und vergeblich um Aufnahme ersuchten. Aber die Welt sah zu“. Der „Rheinische Merkur“ appellierte: „Jeder, der zögert, wird mit-

schuldigt“ und fragte: „Sind hilflos im Meer treibende . . . Menschen kein Protest-Thema mehr bei uns?“

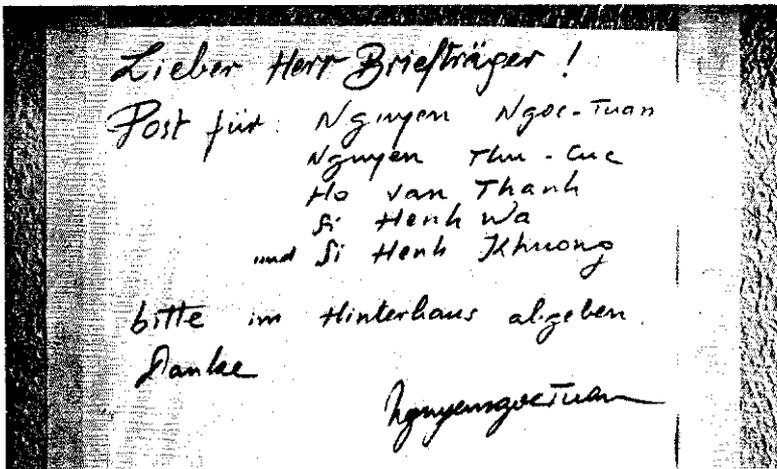
Freilich, die Bundesregierung, die auf der Genfer Flüchtlingskonferenz der Vereinten Nationen jüngst 4000 weitere Asylplätze für Vietnamesen und sieben Millionen Mark Hilfsgelder anbot, denen weitere 20 Millionen Mark folgen sollen, ist bei allem guten Willen auf das Zutun der Bundesländer angewiesen, in deren Kompetenz die Aufnahme von Flüchtlingen fällt. Die Länder aber haben schon mit jährlich 60 000 Umsiedlern aus Osteuropa und 33 000 sonstigen Asylsuchenden zu tun. Bundesinnenminister Gerhart Baum: „Die Frage, wo hat das sein Ende, ist berechtigt. Wir können das nicht uferlos machen.“

Immerhin, erst als Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht im Alleingang beschloß, gleich tausend Vietnamesen auf die eigene Kappe zu nehmen, hielt man es mehr und mehr auch andernorts für selbstverständlich,

es dem hannoverschen Beispiel nachzutun.

Vorneweg war das erzbischöfliche Paderborn, das erst einmal 25 Flüchtlinge requirierte und wo, von der allgemeinen Hilfsbereitschaft angesteckt, eine Lehrerfamilie, die schon einen zweijährigen Vietnamesen adoptiert hatte, gleich noch eine vierköpfige Familie ins Haus nahm. Die Stadtverwaltung versicherte sich der Dienste der nach neun Jahren Paderborn schon halb deutschen Chemikerin Quin Hoa Tran („Blume der Nacht“) aus Vietnam als Dolmetscherin und ließ den fernöstlichen Gästen einen „Herzlichwillkommen“-Brief zustecken: „Selbst an Ihre Gewürze haben wir gedacht und an Eßstäbchen.“

Die Initiativen vorexerziert hatte Ministerpräsident Albrecht schon am 23. November vergangenen Jahres, dem Tag nach Bußtag. Vor seinem Fernseher daheim in Beinhorn bei Hannover traf er angesichts der „Hai Hong“-Bilder die „sehr persönliche Entschei-



Vietnamesen-Hinweis: „Unorganische Verpflanzung“



Vietnamesen-Wohnraum (in Norddeich), Kleiderkammer (in Bahlburg): „Wo hat das sein Ende?“

„dung“, mit deutscher Hilfe den Anfang zu machen: „Alle Welt hat das Elend gesehen, niemand hat gehandelt.“

Schon zehn Tage darauf, am ersten Advent, passierten die ersten 163 „lieben Mitmenschen aus Vietnam“ (Albrecht) den Flugschalter 12 in Hannover-Langenhagen, löffelten, in Decken gewickelt, Sandalen an den bloßen Füßen, Hühnersuppe mit Reis und fuhren, mit Bussen der Bundeswehr, weiter ins Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen, wo, wie bei Heimkehrern aus Rußland, die Lagerglocke läutete.

Die 1007 Menschen, die in acht Lufttransporten bis in den Januar hinein nach Niedersachsen eingeflogen wurden, waren repräsentativ für die übrigen etwa fünftausend, die seither in die Bundesrepublik gekommen sind: knapp die Hälfte Kinder, knapp die Hälfte im erwerbsfähigen Alter, der kleine Rest über 65, etwas mehr Männer als Frauen und meist Familien bis zu sechs Personen.

Als Heimatadresse gaben die meisten Ho-Tschi-minh-Stadt, einst Saigon, und Cholon an, als Abstammung und Sprache chinesisch, als Religion buddhistisch. Bekleidung: sommerlich, Gepäck: Plastiktüte.

„Die Reichen“, urteilte Staatssekretär Dieter Haabengier, Chef einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die in Hannover die Vietnam-Aktionen lenkt, „waren wohl schon vorher rausgegangen. Was wir hier bekommen haben, ist Mittelstand“ — Handwerker und Händler, Köche und Kellner. Außer einfachen Soldaten kamen auch Offiziere, außer Bankangestellten auch Rechtsanwälte. In Frankfurt will man gehört haben, daß mit dem Niedersachsen-Kontin-

gent gleich eine ganze Infrastruktur für Prostitution importiert worden ist, mit einem Bordellwirt an der Spitze und Leuten im Troß. Enttarnt ist bislang keiner.

Richtig lediglich, daß nicht alle ganz arme Kirchenmäuse sind, daß beispielsweise einer schon auf der Busfahrt nach Friedland auf sein ausländisches Bankkonto zu sprechen kam und wissen wollte, wie das hier mit dem Autokauf so sei. In Seesen am Harz erregte es Einheimische, daß „arme Vietnamesen“ für Ferngespräche nach Fernost 100-Dollar-Noten am Postschalter hinblättern.

In Celle, wo sechzehn Familien das ehemalige Bahnhofshotel eingeräumt wurde, vermochte Frau Hua, um sich herum neun Kinder, nicht zu sagen, ob in der vom Sozialamt installierten Küche etwas fehlt. Sie habe, flüsterte sie der Dolmetscherin zu, in Saigon ihr Personal gehabt und eine Küche kaum mal betreten.

Die meisten aber haben andere Probleme. Nach einem „Uncheck“ in Göttingen, dem alle 1007 niedersächsischen Vietnamesen unterzogen wurden, mußten rund 250 stationär behandelt werden; fünfzig Tuberkulosekranke liegen bis heute im Versorgungskrankenhaus Unterstedt bei Rotenburg/Wümme.

„Krank sind praktisch alle“, weiß Sachbearbeiter Peter Link im Bayerischen Sozialministerium, „da gibt es so ziemlich alles, was man sich vorstellen kann. Die schauen oft ganz gut aus, wenn sie hier eintreffen, aber das täuscht. Da haben sie nur die letzten Reserven mobilisiert. Manche brechen gleich danach zusammen.“

Nicht nur die körperlichen Strapazen der wochen-, oft monatelangen Flucht, auch Angst und Verzweiflung haben Spuren hinterlassen. „Von Mißtrauen und Angst“, notierte die Leitung des Münchner Vietnamesen-Heims, „sind alle erfüllt. Die Erfahrungen aus dreißig Jahren kriegerischer Auseinandersetzung haben sie geprägt.“ Und alle, so derselbe Bericht, „leiden unter der Trennung und der großen Not der in Vietnam Verbliebenen... Bei drei Familien fehlen auch die nächsten Angehörigen; einmal der Mann, zweimal die Frau und einige Kinder“.

Überdies brachten sie mit, was ihnen schon daheim zu schaffen machte. So kam es, gleichfalls in München, „zwischen Herrn Van Nam und Tran Minh zu einem massiven Streit, während dessen Verlauf sich die beiden mit Küchenmessern bedrohten“ (Heimleitung) — vermuteter Hintergrund: „Eine latente Feindschaft zwischen Vietnamesen chinesischer Abstammung und Vietnamesen vietnamesischer Abstammung.“ So zogen es in Niedersachsen vier Dolmetscher vor, auf Weiterbeschäftigung im Lager Friedland zu verzichten: Weil sie gültige vietnamesische Pässe bei sich trugen, wurden sie, so die amtliche Mitteilung, „wegen angeblich prokommunistischer Einstellung... von den Flüchtlingen abgelehnt“.

Doch wenn die Ruhr geheilt, das Herz wieder intakt ist, wenn die Ängste verfliegen sind, die Gemüter eines Tages sich beruhigt haben — was Stuttgarts Innenminister „unorganische Verpflanzung“ nannte, der Luftsprung vom fernsten Morgen- ins älteste Abendland, von steter Hitze in dauernde Kühle, von einer Welt also in eine andere, wird dann immer noch nicht ausgestanden sein. Trifft zu, was der bremische Innensenator Fröhlich glaubt: „Die sind in fünfzig Jahren noch nicht integriert“?

In Niedersachsen weiß man immerhin schon, was Integration nicht ist: „Integration ist nicht, wenn wir die zu Deutschen machen.“ Statt dessen sollen sie „die Chance bekommen, bei uns nach ihren Kulturvorstellungen, aber unseren Rechtsvorstellungen selbständig leben zu können“. Daß, unter Umständen, Integration gelingen kann, zeigt das Beispiel der Vietnam-Familie Duong, die seit 1977 in der Bundesrepublik lebt — ein Einzelfall also, kein Massenschicksal wie jetzt.

Aus Saigon war Duong Van Cu, 36, Sanitäter bei der Armee, mit seiner Frau Nagyen und zwei Kindern über Malaysia nach Deutschland geflohen und zunächst im Flüchtlingslager Schöneck aufgenommen worden, wo ein drittes Kind, Truong, zur Welt kam. Endstation war danach zunächst das Frankfurter Flüchtlingswohnheim Griesheim. Dort hausten die fünf Duongs auf fünfzehn Quadratmetern mit Kochnische und Betten neben- und



Gerettete Flüchtlinge: „Bilder wie vor 40 Jahren“



Flüchtling als Näherin



Flüchtling als Tellerwäscherin



Flüchtling in Kfz-Werkstatt (in Paderborn)

### Vietnamesen in der Bundesrepublik: „Die sind willig“

schmiert. Da macht Niedersachsen 50 000 Mark für Koffer locker, damit kein Vietnameser seine Siebensachen in der Tüte schleppen muß. Da werden beispielsweise im Landratsamt Traunstein die Anträge auf Sozialhilfe in Überstunden bearbeitet, und nach drei Tagen ist Geld auf dem Konto. Da haben die Bayern, was ihnen bei anderen Asylsuchenden wohl nicht eingefallen ist, auch Schildchen ausgegeben

mit der Aufschrift: „Ich bin ein Vietnameser und habe mich verlaufen.“

In einer „Zwischenbilanz der niedersächsischen Landesregierung zur Hilfsaktion für vietnamesische Flüchtlinge“ wird detailliert das Niedersachsen-Modell der Aufnahme, der Unterbringung, der rechtlichen Behandlung und der Förderung der Vietnamesen beschrieben; ein Modell, das so oder ganz ähnlich auch in den übrigen Bundesländern praktiziert wird.

Danach werden die Flüchtlinge zunächst in großen Durchgangslagern — wie Friedland in Niedersachsen, Allach in Bayern, Unna-Massen in Nordrhein-Westfalen — gesammelt, sodann auf „zentrale Unterkünfte“ und „Übergangswohnheime“ verteilt. Schließlich werden sie in größeren Gruppen in aufnahmebereite Gemeinden „umgesetzt“, die nicht nur Wohnraum zur Verfügung stellen können, sondern wo auch „eine Vermittlung geeigneter Arbeitsplätze im Laufe der Zeit wahrscheinlich erscheint“.

Die Flüchtlinge erhalten zunächst eine Aufenthaltserlaubnis, die auf ein

Jahr befristet und auf das jeweilige Bundesland beschränkt ist. Sie beantragen die Anerkennung als Asylberechtigter, über die vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf entschieden wird — Asylberechtigten ist neben Deutschunterricht und Ausbildungsförderung der freie Zugang zum Arbeitsmarkt garantiert.

Nach dem Bundessozialhilfegesetz steht ihnen, von „Hilfe zum Lebensunterhalt“ bis „vorbeugende Gesundheitshilfe“, ein ganzer Katalog von Unterstützungen zur Verfügung. Wo sie einstweilen noch zentral untergebracht und versorgt werden, bekommen sie wenigstens 80 Mark Taschengeld im Monat, Kinder und Jugendliche je nach Alter zwischen sechs und 56 Mark.

Ob sie vorerst, wie in zwei Frankfurter Wohnheimen, noch zusammengepfercht in engen Räumen die Tage dahinbringen, ob sie, wie in einem oberbayerischen Erholungsheim, freundliche Zimmer mit Kochstelle für jede Familie bewohnen oder schon, wie in einer für 800 000 Mark eigens umgebauten Schule in Stade, regelrecht zu Hause sind: Wirkliche Not braucht niemand mehr zu leiden. In ihrem Münchner Heim nahe den Isarauen beispielsweise kassieren Vater, Mutter und zwei Kinder monatlich 1080 Mark; eine alleinstehende Frau mit ihren fünf Kindern bekommt 1350 Mark.

Und materielle Hilfe gibt es ja nicht nur behördlicherseits. Auf das Spendenkonto der niedersächsischen Landesregierung sind bislang nicht weniger als 1,2 Millionen Mark aus privaten Portemonnaies überwiesen worden, die nun an die Vietnamesen im Land ausbezahlt werden. Jeder Erwachsene bekommt tausend, jedes Kind fünfhundert

übereinander. Frau Nagyen: „Die Kinder fielen uns auf den Kopf.“

Für Duong, nun Hilfspfleger in einem Seniorenheim der Inneren Mission, war da zum Deutschbüffeln weder Ruhe noch Platz. Das Ehepaar klapperte alle Wohnungen ab, die inseriert waren, aber wenn die Vermieter hörten, daß es sich um gelbe Flüchtlinge aus Südostasien handelte, erteilten sie eine Absage.

Unterdes empfangen diese Vietnamesen ihre Gäste nun aber doch in einer richtigen Drei-Zimmer-Wohnung mit 85 Quadratmetern — freilich kein Erfolg einer integrativen Maßnahme offizieller Stellen, sondern das Verdienst eines einzelnen Bürgers, eines Frankfurter Architekten, der von seinem dreistöckigen Büro im Nordend eine Etage zu einem Wohnraum umbauen und möblieren und sich von Ämtern und Behörden, für die das alles neu war, nicht beirren ließ.

Neuerdings läuft manches, was sonst nur stockend geht, bei den „V.-Flüchtlingen“ (Amtsbezeichnung) wie ge-

Mark. In München stiftete ein Buchverlag 10 000 Mark, von denen Fahrräder beschafft wurden. In Kiel sammelte eine Frauenzeitschrift so viel Geld, daß „zwei Wohnungen für V.-Familien nahezu vollständig eingerichtet“ (Sozialministerium) werden konnten.

In Mainz, wie anderswo, konnten „einige Lkw-Ladungen voll Kleidung“ in Vietnamesen-Heime transportiert werden. Auch Niedersachsen registrierte so ein „Kleiderschränkräumungsprogramm“. Doch wie die Pelzmäntel, alle über Größe 40, die eine Offenbacher Firma hergab, waren sämtliche Sachen zu groß. Vietnamesen sind nun mal so gewachsen, daß sie Mühe haben, von einem deutschen Kleiderhaken ihren Mantel herunterzukriegen.

Nicht viel anzufangen war auch mit den zahlreichen Adoptions- und Heiratsangeboten, die überall den Behör-

Doch selbst seriösere Angebote können erst einmal kaum befriedigt werden. Das liegt nicht nur daran, daß die Vietnamesen ganz andere Berufsfelder haben — so hatte beispielsweise eine Kosmetikerin als Beruf „Chemikerin“ angegeben. Hinzu kommt, daß die Fremden noch längst nicht solo in die Arbeitswelt geschickt werden können, etwa in jene Gärtnerei vor den Toren von Hannover, die Arbeit plus ordentlicher Wohnung anbot; da wären die Vietnamesen total isoliert.

Abgesehen davon scheitert manche Arbeitsvermittlung daran, daß der Nachfrage kein Angebot gegenübersteht. So war Fehlanzeige bei dem Angebot eines Gießener Bauunternehmers, zwanzig Maurer beschäftigen zu wollen: Unter den hessischen Vietnamesen sind nicht einmal Bauhilfsarbeiter.

Ein vietnamesischer Lehrer in Dortmund, der sechs Sprachen spricht, ist noch immer auf Stellensuche; erfolglos bewarb er sich sogar als Bademeister. Dennoch schätzt das Sozialministerium in Düsseldorf, daß etwa siebzig Prozent der Flüchtlinge binnen eines Jahres einen Arbeitsplatz haben werden.

Generell gilt, „daß eine dauerhafte und befriedigende Eingliederung in das Arbeitsleben ausreichende Kenntnisse in der deutschen Sprache voraussetzt“ (Niedersachsen). Nur so meint man vermeiden zu können, „daß die Vietnamesen zu Sozialfällen werden“ (Hessen), „daß die ausgebeutet werden“ (Bayern) — im Anfang ist das Wort, auch hier.

Denn auch wer nicht zu den ziemlich vielen Analphabeten gehört, tut sich mit dem Deutschen schwer. Durch die Bank sind die Vietnamesen außerstande, ein „R“ über die Gaumen zu rollen, „Ofen“ von „offen“ zu unterscheiden, und Zischlaute sind ihnen erst recht ein Greuel. Es wird noch dauern, ehe sie in Celle den dort üblichen Ratzeputz bestellen können.

Deutschunterricht steht deshalb überall obenan. für die Kleinkinder in Kindergärten, für die Erwachsenen, in Niedersachsen obligatorisch, in Volkshochschulen, für die Schulpflichtigen in den jeweiligen Jahrgangsklassen mit zusätzlichem Förderunterricht. In Frankfurt sitzen Vietnamesen täglich vier Stunden in der „Inlingua“-Sprachschule und versuchen sich schon an Wörtern wie Multiplikation. An der Münchner Sprachenschule „Studies in Munich“ beginnt Anfang August ein viermonatiger Kursus mit Sprachlabors für die Insassen des Flüchtlingsheimes.

Gearbeitet wird mit Kinderduden, Vorschulmappen und auch mit Sprachführern, aus denen, wie an der Kreisvolkshochschule Göttingen, zu lernen ist, was ein Kunde im Supermarkt so sagt: „Nein, wir brauchen noch Rotwein, aber kein Bier mehr.“

Ähnlich lebensnah beschaffte sich der Pfarrer im oberbayrischen Engelsberg eine vietnamesische Bibel und läßt nun auch ein „vietnamesisches Evangelium“ lesen, sogar ein paar Buddhisten hören regelmäßig zu.

Schon kommt seltener vor, daß, wie anfangs in München geschehen, hilflose Flüchtlinge im Laden Waschpulver statt Kindergriß einkaufen. Schon rufen Vietnam-Kinder in Lüneburg „Tschüß“, beherrschen Vietnamesen an der Ruhr das heimische „woll“. Nur die ganz Alten bleiben der Deutschstunde fern.

Schon gibt es Vietnamesen, deren Geburtsort nicht Saigon, sondern Osnabrück, München, Saarbrücken heißt.

Oder Engelsberg in Oberbayern, wo seit März bereits drei zur Welt kamen. Zwei wurden auf fromme alte Vornamen getauft: Josefine und Maria.



**Vietnamesen-Geburt\***: „In fünfzig Jahren noch nicht integriert“

den zugingen: Da unter den Geflüchteten keine Waisenkinder sind, können auch keine an Kindes Statt angenommen werden; und bei den Ehwünschen waren derart „windige Sachen“, daß, jedenfalls in Niedersachsen, alles per Formblatt abgelehnt wurde.

„Offensichtlich aus nicht uneigennütigen Motiven“ wurden nach niedersächsischen Feststellungen häufig auch Wohnraum und Arbeitsplätze offeriert. Nicht nur daß sich ein Bordellbesitzer in Hamburg-St. Pauli an dem Zuzug interessiert zeigte, „in Anbetracht der Flüchtlingslage“ war auch ein Gärtnermeister, 38, aus dem Landkreis Mainz bereit, „eine Vietnamesin (nach Augenschein oder Photo) in entsprechendem Alter zu mir zu nehmen, um ihr zu helfen“.

\* Das erste in der Bundesrepublik (Göttingen) geborene vietnamesische Flüchtlingskind — Chi-Hai („Mutiges Meer“).

In Paderborn ist es immerhin schon gelungen, zwölf Flüchtlingen eine Arbeit zu vermitteln, wenn auch „nicht immer zu unserer Zufriedenheit“, wie Stadtsprecher Horst Pieper einräumt. So ist etwa der Kaufmann Long Du Ngo, 29, als Lagerist in einer Hutfabrik untergekommen. Die körperliche Arbeit fällt ihm schwer, aber, sagt er, „man hat mir nichts anderes angeboten“. Die Firma ist zufrieden: „Der Vietnameser ist willig“, bezeugt Geschäftsführer Helmut Blümchen, „so etwas findet man bei den deutschen Arbeitskräften gar nicht mehr.“

Die 21 Jahre alte Schneiderin Ngoc Yen Ngo dagegen wollte eine Lehre beginnen, bekam aber nur einen Platz am Fließband und will dort „unter keinen Umständen lange bleiben“. Die 57 Jahre alte Schneiderin The Cam Diep spült Teller in einem Paderborner Kaufhaus.